

N i e d e r s c h r i f t

der 3. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses
am Montag, dem 22.08.2011,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 21:58 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser
Herr Christopher Nübel
Herr Oliver Persch
Herr Dr. Christoph Weinrich

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dieter Scholz Ausschussvorsitzender
Frau Christine Wagener
Herr Jörg Asboe

(in Vertretung für Stv. Möller)
(in Vertretung für Stv. Roth)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Herr Martin Klußmann

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Hans Heller

Außerdem:

Herr Gerhard Merz	SPD-Fraktion	
Frau Dorothe Küster	CDU-Fraktion	(bis 21:15 Uhr)
Herr Dr. Wolfgang Deetjen	Fraktion B'90/Die Grünen	
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion	
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion	
Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion	
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB / BLG	

Frau Elke Koch-Michel Fraktion LB / BLG

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Herr Harald Scherer	Stadtrat	
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat	(bis 21:40 Uhr)
Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I	
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Peter Ravizza	stellv. Leiter des Tiefbauamtes	(bis 20:15 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Schriftführer

Entschuldigt:

Herr Klaus Peter Möller	CDU-Fraktion
Herr Thiemo Roth	CDU-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Der **Vorsitzende** weist daraufhin, dass der Magistrat schriftlich beantragt hat, folgende Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln:

TOP 26 - Dokumentation der Derivate-Abschlüsse im Jahr 2011 - ,

TOP 27 bis 30 - Veräußerung städtischer Grundstücke - und

TOP 31 - Ankauf eine Grundstücks - .

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, spricht für eine öffentliche Behandlung des TOP „Dokumentation der Derivate-Abschlüsse im Jahr 2011“.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz spricht formell gegen das Begehren des Stv. Janitzki und verweist auf die in der Vorlage enthaltene Begründung.

Abstimmungsergebnisse:

Die nichtöffentliche Behandlung des TOP 26 wird einstimmig beschlossen.

Die nichtöffentliche Behandlung der TOP 27 bis 30 wird einstimmig beschlossen.

Die nichtöffentliche Behandlung des TOP 31 wird ebenfalls einstimmig beschlossen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Der **Vorsitzende** stellt fest, dass sie in der vorliegenden Form genehmigt ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wahl von fünf stimmberechtigten sachkundigen Einwohner/innen und deren Stellvertretern/innen für die Sportkommission
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 - STV/0111/2011
3. Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung einer/s Ortsgerichtsschöffin/-schöffen und 2. Vertreter/Vertreterin des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen
-Antrag des Magistrats vom 07.07.2011- STV/0216/2011
4. Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 15.07.2011 - STV/0225/2011
5. Wahl von sachkundigen Einwohnern/innen für den Beirat zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 01.08.2011 - STV/0249/2011
6. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.02.2011 - STV/0004/2011
- 6.1. Kooperation der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.08.2011 - STV/0275/2011
7. Sechste Sitzung zur Änderung der Hauptsatzung
-Antrag des Magistrats vom 06.07.2011- STV/0213/2011

- | | | |
|------|---|---------------|
| 7.1. | Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Wahlbeamten;
hier: Änderung der Hauptsatzung
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 - | STV/0106/2011 |
| 8. | Spielapparatesteuer
- Antrag des Magistrats vom 24.06.2011 | STV/0198/2011 |
| 9. | Bau einer Fuß- und Radwegebrücke über die Lahn in der
Verlängerung der Sudetenlandstraße, Bau- und
Finanzierungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 29.07.2011 - | STV/0241/2011 |
| 10. | Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung
gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2011 - | STV/0152/2011 |
| 11. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß
§ 114g HGO - Amt 52 -
- Antrag des Magistrats vom 02.08.2011 - | STV/0255/2011 |
| 12. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß
§ 114g HGO - Amt 65 -
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2011 - | STV/0184/2011 |
| 13. | Genehmigung einer überplanmäßigen
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 02.08.2011 - | STV/0257/2011 |
| 14. | Kreditaufnahme aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt.
C für die Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg
- Antrag des Magistrats vom 12.07.2011 - | STV/0220/2011 |
| 15. | Kreditaufnahme aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt.
C für die Gesamtanierung der Helmut-von-Bracken-Schule
(ehemalige Elementary School)
- Antrag des Magistrats vom 28.07.2011 - | STV/0238/2011 |
| 16. | Städtepartnerschaft zur "Förderung der Solidarität der
Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von
Atomwaffen"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.07.2011 - | STV/0262/2011 |

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 17. | Bericht zum Wasserpreis
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 - | STV/0266/2011 |
| 18. | Bildung eines Akteneinsichtsausschusses zur Übernahme
der Wasserversorgung
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 - | STV/0267/2011 |
| 19. | Berichts Antrag zu den Kosten für den Umbau der Licher
Straße
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 07.08.2011 - | STV/0268/2011 |
| 20. | Bericht zu den Ereignissen anlässlich des NPD-
Aufmarsches am 16. Juli
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 - | STV/0269/2011 |
| 21. | Bericht zu den Kosten der Landesgartenschau 2014
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 - | STV/0271/2011 |
| 22. | Berichts Antrag zu den Kosten für die Schaffung von
politischen Stellen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 07.08.2011 - | STV/0272/2011 |
| 23. | Bericht zur Bahnunterführung Dammstraße
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 - | STV/0273/2011 |
| 24. | Namensgebung für den 12/2009 beschlossenen Preis
der Stadt Gießen für herausragende Lebensleistungen und
außergewöhnliches Mäzenatentum
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 09.08.2011 - | STV/0274/2011 |
| 25. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Wahl von fünf stimmberechtigten sachkundigen Einwohner/innen und deren Stellvertretern/innen für die Sportkommission **STV/0111/2011**
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 -

Antrag:

"Als sachkundige Einwohner/innen und ihre Stellvertreter/innen für die Sportkommission werden gewählt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5."

Der **Vorsitzende** weist daraufhin, dass ein neuer Vorschlag des Sportkreises Gießen, Eingang 30.06.2011, vorliegt und zwar mit folgenden Personen:

Bürgervertreter/-in:

Stellvertreter/-in:

- | | |
|------------------------------|--------------------|
| 1. Dr. Klaus Dieter Greilich | Ewald Küper |
| 2. Walter Müller | Stefan Schöffmann |
| 3. Andreas Wilm | Dr. Karsten Krüger |
| 4. Bernhard Zirkler | Ingrid Hubing |
| 5. Henry Mohr | Gerd Kraus |

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

3. Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung einer/s Ortsgerichtsschöfin/-schöffen und 2. Vertreter/Vertreterin des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen **STV/0216/2011**
-Antrag des Magistrats vom 07.07.2011-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen schlägt für die Ernennung zum Ortsgerichtsschöffen und 2. Vertreter des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichts Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts vor:

Herrn Klaus Etzelmüller.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 15.07.2011 - **STV/0225/2011**

Antrag:

„Als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss werden gemäß nachstehender Aufstellung gewählt:

Gemäß § 4 (1) b):

3 Personen, die in der Jugendhilfe sachkundig und erfahren sind. Darunter soll eine Person sein, die die Belange ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner wahrnimmt sowie eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus der Mädchenarbeit.

	stimmberecht. Mitglied	Stellvertreter/in
ausl. Vertreter/in	Mostafa Farman	Alem Yemane
Mädchenarbeit	Ingrid Kaiser	Friederike Henn
	Stefanie Paul	Annke Rinn

Gemäß § 4 (1) c):

6 Personen, die von den in der Universitätsstadt Gießen wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden. Darunter müssen 3 Vertreter/innen der Jugendverbände sein; sie können vom Stadtjugendring vorgeschlagen werden.

Träger der freien Jugendhilfe

stimmberechtigtes Mitglied	Stellvertreter/in
Ute Kroll-Naujoks	Werner Schäfer-Mohr
Joachim Tschakert	Yvonne Fritz
Astrid Dietmann-Quurck	Annette Maiwald-Boehm

Jugendverbände

stimmberechtigtes Mitglied	Stellvertreter/in
Sandra Sacher	Joachim Arnold

Xenia Bachmann
Martin Schindel

wird nachgereicht
wird nachgereicht.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Wahl von sachkundigen Einwohnern/innen für den Beirat zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 01.08.2011 -** **STV/0249/2011**

Antrag:

"In den Beirat zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen werden folgende sachkundige Einwohner/-innen, deren Nachrücker/innen sowie jeweils deren Stellvertreter/innen gewählt:

Mitglieder

Stellvertreter/innen

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

Nachrücker/innen

Stellvertreter/innen

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen - Antrag des Magistrats vom 16.02.2011 -** **STV/0004/2011**

Antrag:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen wird beschlossen.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW).

- 6.1. Kooperation der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen** **STV/0275/2011**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.08.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, den Vertrag über die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen neu auszuhandeln und der Stadtverordnetenversammlung binnen eines Jahres zur Entscheidung vorzulegen.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: FW; StE: CDU).

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 7 und 7.1 zur gemeinsamen Beratung auf.

- 7. Sechste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung** **STV/0213/2011**
-Antrag des Magistrats vom 06.07.2011-
-

Antrag:

„Der als Anlage 1 beigefügte Satzungsentwurf wird als Satzung beschlossen.“

Stv. Heller, FW-Fraktion, bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen in der Begründung genannten Änderungen, da er der ersten Änderung, d.h. der Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Dezernenten, nicht zustimmen könne.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Dr. Preiß, Merz, und Janitzki.

Beratungsergebnis:

Der in Nr. 1 der Antragsbegründung aufgeführten Änderung wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW).

Den in Nr. 2 bis 4 der Antragsbegründung aufgeführten Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

- 7.1. Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Wahlbeamten;** **STV/0106/2011**
hier: Änderung der Hauptsatzung
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 -
-

Antrag:

„Die Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen vom 29.04.1993, geändert durch die 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 13.12.2007, wird wie folgt

geändert:

§ 2
Magistrat

Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und einem weiteren hauptamtlichen sowie 10 ehrenamtlichen Stadträten.“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, zieht den Antrag zurück.

8. Spielapparatesteuer
- Antrag des Magistrats vom 24.06.2011

STV/0198/2011

Antrag:

„Die beigefügte Satzung

über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Universitätsstadt Gießen (Anlage)

wird in Gestalt der Anlage beschlossen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert die Vorlage. Die vorgelegte Satzung orientiere sich an der einschlägigen, als „gerichtsfest“ geltenden Mustersatzung des Hessischen Städtetags.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, beantragt, die in § 4 (1) Nr. 3 bis 5 der Satzung genannten Höchstbeträge zu streichen. Die Streichung der Höchstbeträge könne sicherlich nicht als „Erdrosselung“ der Spielapparatebetreiber verstanden werden, da sich der Prozentsatz der Steuersätze dadurch nicht erhöhe.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, dass der Magistrat bis zur kommenden Stadtverordnetensitzung eine Stellungnahme zur Frage der Höchstbeträge einholt.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt dies zu.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Beltz, Wagener, Merz und Koch-Michel sowie Amtsleiter During.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt
(Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW).

Der Magistratsvorlage wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

9. **Bau einer Fuß- und Radwegebrücke über die Lahn in der
Verlängerung der Sudetenlandstraße, Bau- und
Finanzierungsbeschluss** **STV/0241/2011**
- Antrag des Magistrats vom 29.07.2011 -
-

Antrag: "

1. Der Bau und die Finanzierung der Fuß- und Radwegbrücke über die Lahn in der Verlängerung der Sudetenlandstraße entsprechend der Projektgenehmigung aus Beschluss vom 11.05.2000, mit der geänderten Wegeföhrung wird beschlossen.
2. Dem Gesamtkostenrahmen laut Anlagen Nr. 3 bis Nr. 6 wird zugestimmt."

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erläutert die Vorlage.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, fragt nach dem aktuellen Stand der vor einiger Zeit zum Investitionshaushalt 2011 vorgelegten Finanzplanung für die Landesgartenschau.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt zu, diesen Stand nachzureichen.

Stv. Janitzki beantragt, die Vorlage zurückzustellen und in veränderter Form mit verringertem Kostenumfang erneut vorzulegen.

Beratungsergebnis:

Der Zurückstellungsantrag wird einstimmig abgelehnt.

Der Magistratsvorlage wird einstimmig zugestimmt.

10. **Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung** **STV/0152/2011**
gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2011 -
-

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1264010100/Invest.-Nr.: 662011011 - Verkehrsrechner - wird eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von

30.000,00 Euro

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 1266010100/Invest.-Nr.: 662009057

- Verkehrssignalanlagen Landesstraßen - 30.000,00 Euro.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**11. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 52 - STV/0255/2011
- Antrag des Magistrats vom 02.08.2011 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0851010200/Invest.-Nr.: 522009001 - Investitionszuschuss an Vereine und Verbände Sport - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von
40.000,00 Euro

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652011004
- Umbau und Sanierung sanitär- und küchentechnischer
Einrichtung in der ASS - 40.000,00 Euro.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**12. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 65 - STV/0184/2011
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2011 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652009509 - Neubau Haus D Friedrich-Ebert-Schule - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von
100.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652009031 - Neubau Kita Schlangenzahl -.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**13. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 - STV/0257/2011
- Antrag des Magistrats vom 02.08.2011 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1264010200 - Betrieb und Unterhaltung von Gemeindestraßen - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

560.000,00 Euro

genehmigt.

Deckung aus
Kostenträger 1264010200
- Betrieb und Unterhaltung von Gemeindestraßen -
Sachkonto 5410300 - sonstige Zuweisungen des Landes -
560.000,00 Euro.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

14. Kreditaufnahme aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. C für die Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg - Antrag des Magistrats vom 12.07.2011 - **STV/0220/2011**

Antrag:

„Der Aufnahme eines Darlehens aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. C wird zu folgenden Konditionen zugestimmt:

Zweckbestimmung: Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg
Darlehenssumme: 1.000.000,00 €
Auszahlung: 100 %
Zinsen: 3 % p. a.
Tilgung: 5 % p. a. (40 Halbjahresraten in Höhe von 25.000,00 €)
Verrechnung: Sachkonto: 4205181
Kostenträger: 1682010100
Kostenstelle: 200202“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

15. Kreditaufnahme aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. C für die Gesamtanierung der Helmut-von-Bracken-Schule (ehemalige Elementary School) - Antrag des Magistrats vom 28.07.2011 - **STV/0238/2011**

Antrag:

„Der Aufnahme eines Darlehens aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. C wird zu folgenden Konditionen zugestimmt:

Zweckbestimmung: Gesamtanierung der Helmut-von-Bracken-Schule (ehemalige Elementary School)
Darlehenssumme: 800.000,00 €
Auszahlung: 100%

Zinsen:	3% p. a.
Tilgung:	5% p. a. (40 Halbjahresraten in Höhe von 20.000,00 €)
Verrechnung:	Sachkonto: 4205181
	Kostenträger: 1682010100
	Kostenstelle: 200202."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

16. Städtepartnerschaft zur "Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen" STV/0262/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.07.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen erfüllt die am 17.10.1985 durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossene, von Hiroshima und Nagasaki initiierte Städtepartnerschaft zur ‚Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen‘, mit Leben. Das heißt u. a.:

- Anbringung des Namens an den Eingangsschildern der Stadt, auf denen auch die anderen Partnerschaften erwähnt sind,
- Benennung eines Platzes/einer Straße nach Hiroshima, z. B. den Katharinenplatz, der in der Friedensbewegung in Gießen schon lange Hiroshima-Platz heißt.
- Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und –feste, die Herausgabe von Büchern und Broschüren, Bilder und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen.“

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, erläutert den Antrag.

Stv. Grothe, Fraktion B'90/Die Grünen, erklärt, aus der Sicht seiner Fraktion sei der Auftrag, der mit dem am 19.10.1985 beschlossenen Antrag „Unterstützung des ‚Programms zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen‘ durch die Stadt Gießen“ verbunden war, erfüllt.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt (Nein: CDU; StE: SPD, GR, FW).

17. Bericht zum Wasserpreis STV/0266/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen vom 08.08.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Wie hoch waren 2008, 2009 und 2010 die sog. Leerkosten, welche die Stadt Gießen an den ZMW gezahlt hat?
2. Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um den beträchtlichen Mehraufwand für die Leerkosten zu vermeiden, und was spricht gegen das Ausscheiden aus der ZMW oder gegen die Kündigung der Mitgliedschaft?
3. Geben Sie eine genaue Aufschlüsselung des Pacht- und Dienstleistungsentgeltes in Höhe von 6.494.522,30 Euro für 2011, das die MWB an die Stadtwerke zu zahlen hat, und erläutern Sie seine Berechnung.
4. Wie hoch waren in der Gebührenkalkulation für 2011 die Ansätze für die Konzessionsabgabe die Löschwasserbereitstellungskosten die Verzinsung des Anlagekapitals und das Unternehmervagnis?
5. Erläutern Sie, warum in der Gebührenkalkulation ein kalkulatorischer Gewinn angesetzt wurde, da für ihn nur eine Kann-Vorschrift gilt.
6. Wem gehören die Anlagen und Leitungen der Wasserversorgung? Wenn den Stadtwerken: Wann und wie wurden sie verkauft?
7. Wenn der Stadt: Warum erscheint das Anlagevermögen in der Gebührenkalkulation?
8. Wie lautet der Bericht über die Prüfung des Wasserpreises durch den RP?
9. Die Stadt hat laut Dienstleistungsvertrag mit der SWG das Recht, in alle Unterlagen der SWG hinsichtlich der Wasserversorgung einzusehen und Kopien von den Unterlagen zu erhalten. Wie lautet die Stellungnahme des Rechtsamtes, die die Bürgermeisterin zu der Frage einholen wollte, ob der Magistrat das Recht hat, bestimmte Unterlagen (z. B. die genaue Aufschlüsselung des Pacht- und Dienstleistungsentgeltes) von der SWG einzufordern und an den Akteneinsichtsausschuss zur Kenntnis zu geben?“

Stv. Janitzki, Fraktion LB /BLG, begründet den Antrag. Es gehe ihm um eine größere Transparenz hinsichtlich des Wasserpreises und der entsprechenden Gebührenkalkulation.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

- 18. Bildung eines Akteneinsichtsausschusses zur Übernahme der Wasserversorgung** **STV/0267/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen vom 08.08.2011 -
-

Antrag:

„1. für die Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen beantrage ich gem. § 50 HGO

die Bildung eines Akteneinsichtsausschusses zur Übernahme der Wasserversorgung durch die Stadt.

Der Ausschuss soll Aufklärung geben:

1. über die Grundlagen der Gebührenkalkulation des Wasserpreises von 1,92 €/m³
2. über die Betriebsergebnisse von 2005 bis 2010 der Sparte Wasserversorgung innerhalb der Stadtwerke Gießen AG, insbesondere über das behauptete Defizit von 0,75 Mio. Euro pro Jahr
3. über die Betriebsergebnisse von 2010 in dem MWB (Mittelhessischer Wasserbetrieb), bzw. MAB
4. zur Berechnung des Pacht- und Dienstleistungsentgeltes
5. zur Berechnung des Papiers ‚Kosten-/Erlös- und Gebührenentwicklung 2011 - 2017‘

Der Ausschuss benötigt alle Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung stehen, und zwar alle diesbezüglichen Akten ab dem Jahr 2005

- der Stadtverwaltung, und zwar die des für die SWG zuständigen Dezernats, der Kämmerei, des Rechtsamtes und des/der OB,
- der MAB, bzw. MWB und
- der Stadtwerke AG.

Dazu gehören insbesondere:

1. Detaillierte Aufstellungen der Betriebsergebnisse 2005 – 2010
 2. Nachweis der Pacht- und Dienstleistungsentgelte
 3. Unterlagen - zur Gebührenkalkulation 2005 - 2011
 - Konzessionsabgabe,
 - zu den Löschwasserbereitstellungskosten,
 - zur Abrechnung der sog. Leerkosten mit der ZMW
 - zum Unternehmerwagnis
 - zur Verzinsung des Anlagekapitals.
 4. Unterlagen zum Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW)
 - Bescheide der ZMW über die Wasserlieferung
 - Unterlagen des Dezernenten im Vorstand der ZMW
 5. diesbezüglicher Schriftverkehr der Kartellbehörde mit der Stadt und der Stadtwerke AG
 6. diesbezüglicher Schriftverkehr mit dem RP
 7. Vorhandene Gutachten, insbesondere das der Wibera
2. Als Akteneinsichtsausschuss soll der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Recht- und Europaausschuss eingesetzt werden.“

Stv. Janitzki, Fraktion LB / BLG, sagt, er habe den Antrag auf Bildung des Akteneinsichtsausschusses vorsorglich gestellt, falls es zu keiner befriedigenden Beantwortung des gerade beschlossenen Berichtsantrags komme.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Heller, Merz und Koch-Michel.

ihr Haus nicht verlassen konnten?

4. Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass zahlreiche Menschen die in der Weststadt angemeldeten und genehmigten Veranstaltungen an diesem Tag nicht erreichen konnten?
5. Welche Ergebnisse zeitigten die Ermittlungen zu den Vorfällen in der Licher Straße (Sachbeschädigungen u. a.), für die ohne Belege in der Öffentlichkeit nicht näher benannte Autonome aus dem Frankfurter Raum verantwortlich gemacht wurden?
6. Die Polizei hatte rund um die Demonstrationsroute der NPD ‚alles im Griff‘, weshalb diese ungehindert marschieren konnten. Dazu bedurfte es offensichtlich keiner besonderen Verfügung oder Anordnung. Welche Absicht wurde deshalb mit der Verfügung verfolgt, für das Bahnhofsgelände eine besondere Zone zu schaffen?
7. Am 16. Juli 2011 wurde in Gießen ein Exemplar statuiert und die NPD hat ihren Aufmarsch in Gießen als Erfolg verbucht. Wie gedenkt die Stadt mit künftigen Demonstrationsanmeldungen der NPD oder anderer autonomer Nazigruppen zu verfahren? Soll sich das Szenario von 16. Juli d. Jahres jährlich wiederholen?
8. Alle Fraktionen hatten einstimmig eine Resolution beschlossen, in der u. a. für den 16. Juli folgender Wunsch enthalten war: ‚In Gießen gibt es daher keinen Platz für die NPD und ihr menschenverachtendes Weltbild. Wir wollen die NPD nicht in unserer Stadt haben ...‘
Kann man von einer erfolgreichen Verwirklichung dieser Zielsetzung sprechen, nachdem die Neo-Nazis am 16. Juli ungestört verbotene Nazi-Embleme zur Schau stellen, ausländerfeindliche Parolen brüllen und eine zwanzigminütige Kundgebung provokativ vor den Gegendemonstranten in der Neustadt abhalten konnten?
9. Wie bewertet es der Magistrat, dass das erklärte Ziel ‚Nazi-Aufmarsch verhindern!‘ des Bündnisses ‚Gießen bleibt bunt‘, nicht erreicht wurde, offensichtlich von den Ordnungskräften nicht erreicht werden sollte?“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/LBG, begründet den Berichts Antrag.

Stv. Oechler, Piraten-Fraktion, legt folgenden **Änderungsantrag** vor:

„Der Berichts Antrag wird durch folgende Fragen ersetzt:

Am 16. Juli 2011 fanden viele Veranstaltungen statt, hierzu folgende Fragen:

- ♣ Wie viel Versammlungen nach Versammlungsgesetz wurden für diesen Tag angemeldet
- ♣ Wurden angemeldete Versammlungen untersagt und wenn ja, wie viele?
- ♣ Wie hoch belaufen sich die städtischen Kosten, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen am 16. Juli 2011 entstanden sind?
- ♣ Wie viele Platzverweise wurden an diesem Tag von städtischen Mitarbeitern erteilt? Wie viel im Rahmen einer Versammlung?
- ♣ Wurden bei den Versammlung verfassungsfeindliche Symbole gezeigt? Wenn ja, bei welcher?

Viele Personen wurden vom Ausmaß der Sperrungen und Einschränkungen am 16. Juli

2011 überrascht, insbesondere in der Weststadt. Oft hörte man Klagen, dass die Bewohner nicht informiert worden sind, deshalb folgende Fragen:

- ⤴ Welche Maßnahmen hat die Stadt unternommen um die Anwohner zu informieren?
- ⤴ Sollten Informationsflyer verteilt werden und wenn ja, durch welche Stelle sollte dies geschehen und in welchen Bereichen sollten diese verteilt werden?
- ⤴ Warum wurden die Demonstrationsstrecken nicht bekannt gegeben? War dies der Wunsch der Versammlungsbehörde oder der Polizei?
- ⤴ Sieht der Magistrat für zukünftige Versammlungen ein Verbesserungspotential, wenn ja wo und wie?

Am 13. Juli 2011 erließ die Stadt ein Versammlungsverbot für den Bahnhofsbereich am 16. Juli 2011. Hierzu folgende Fragen:

- ⤴ Welcher Zweck wurde durch das Verhängen eines Versammlungsverbotes bezweckt?
- ⤴ Auf welcher Gefahrenprognose beruhte der Erlass der Allgemeinverfügung? Wurde diese Gefahrenprognose von der Versammlungsbehörde oder der Polizei angefertigt?
- ⤴ Wie kam es zur zeitlichen Einschränkung auf 6 bis 24 Uhr?

Durch die Sperrung der beiden Brücken gab es Schwierigkeiten für Fußgänger und Radfahrer alle Versammlungsorte zu erreichen. Hierzu folgende Fragen:

- ⤴ Auf welche Weise hat die Stadt sichergestellt, dass alle Versammlungsteilnehmer ihre gewünschte Versammlung erreichen?
- ⤴ War es geplant, dass die Fußgänger die Busse aus der Weststadt benutzen? Sieht der Magistrat eine Hürde für die Versammlungsteilnehmer an einer Versammlung teilzunehmen, z.B. durch die Nutzung kostenpflichtiger Busse?
- ⤴ Wurde die ganze Zeit der Busbetrieb in der Weststadt aufrecht erhalten. Wenn nein, welche Linien zu welchen Zeiten nicht?
- ⤴ Welche Alternativen wurden geprüft und wieso wurden diese nicht eingesetzt?
- ⤴ Wieso wurde einzelnen Bürgern selbst der Übertritt per Boot über die Lahn verwehrt? War dies der Wunsch der Versammlungsbehörde oder der Polizei?
- ⤴ Wie sieht der Magistrat die Aufforderung, dass Bewohner ihren Ausweis mitnehmen sollen, im Hinblick auf das Verbot von Personen-Identifizierungen auf dem Weg zur und von Versammlungen?
- ⤴ Ist dem Magistrat bekannt, dass Personen der Zugang trotz vorzeigen des Personalausweises, zumindest temporär, zur eigenen Wohnung durch die Polizei verwehrt worden ist? Wie war hierzu die Absprache mit der Polizei?
- ⤴ Ist dem Magistrat bekannt, dass Presseorganen der Zugang zur Versammlung verwehrt worden ist? Wie waren hierzu die Absprachen mit der Polizei?

Auf Grund der Sperrung der beiden Lahnbrücken mit Gittern und Betonbarrieren war die Feuerwehr und andere Hilfsorganisationen von der Weststadt abgeschnitten

- ⤴ Wie wurde sichergestellt, dass die gesetzliche vorgeschriebene Zeit bis zum Einsatzort erreicht wird?
- ⤴ Welche Straßen sollten durch die Autofahrer zum Durchqueren der Weststadt genutzt werden? War die Straße „Grüner Weg“ als „Durchfahrtsstraße“ geplant? Wenn ja, wieso wurde hier kein Halteverbot eingerichtet?
- ⤴ Welche Ersatzrouten standen den Rettungskräften alternativ zur völlig verstopften

Straße „Grüner Weg“ zur Verfügung?

Die Stadt hat mehrerer Videokameras zur Verkehrsbeobachtung, hierzu folgende Fragen:

- ▲ Hatte die Polizei am 16.7.2011 Zugriff auf die Videobilder?
- ▲ Wenn ja, besteht bei dem verwendeten System die Möglichkeit der Speicherung der Videobilder?“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, übernimmt den Änderungsantrag.

Auf Anregung der **Stv. Wagener**, CDU-Fraktion, **ändert Stv. Oechler** das Wort „ersetzt“ in „ergänzt“.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sowie die **Stadtverordneten Dr. Weinrich, Grothe, Merz** und **Wagener** kritisieren, dass der Berichts Antrag der Fraktion LB/BLG Wertungen und Unterstellungen enthalte, insbesondere in den Punkten 6 bis 9.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Ahlgrimm, Beltz, Koch-Michel und Heller.

Beratungsergebnis:

Dem Berichts Antrag wird in den Punkten 1 bis 5 mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; Nein: FW).

Der Berichts Antrag wird in den Punkten 6 bis 9 einstimmig abgelehnt (Nein: CDU, GR, FW; StE: SPD).

Der Ergänzung wird einstimmig zugestimmt.

21. Bericht zu den Kosten der Landesgartenschau 2014 **STV/0271/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 25. März 2010 einstimmig beschlossen, dass der Magistrat erstmals im Mai 2010 und dann halbjährlich u. a. über die bisher angefallenen Kosten der geplanten Landesgartenschau, also der Planungs- und Ausführungskosten inkl. der Investitionen, und der Zuschüsse berichtet. Der Beschluss wurde nicht ausgeführt. So einen Bericht hat es bis zum heutigen Datum nicht gegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat,

1. diesen Bericht mit einer Aufstellung der einzelnen Kostenpositionen (Stand 1. 8. 11) und den zugesagten Zuschüssen gemäß dem Beschluss vom 25. 3. 10 unverzüglich vorzulegen und halbjährlich zu erweitern.

2. diese Aufstellung nach Investitionen und Durchführungskosten zu gliedern gemäß der Aufteilung im beschlossenen Gesamtkostenplan zur Landesgartenschau.

Weiterhin wird der Magistrat gebeten zu berichten,

1. über die bisher angefallenen Kosten, die im Zusammenhang mit der Landesgartenschau stehen bzw. für sie als wünschenswert anzusehen sind, die aber ihr nicht direkt zugeordnet werden, und ihn ebenfalls halbjährlich fortzuschreiben.
2. Gilt für den Magistrat weiterhin der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. 5. 2010, dass für die gesamten Investitionen der Landesgartenschau der Investitionshaushalt mit dem Volumen von 21,4 Mio. Euro nicht überschritten werden darf?
3. Dürfen die beschlossenen Investitionshaushalte für die drei Teilbereiche der Landesgartenschau ebenfalls nicht in ihrem jeweiligen Volumen überschritten werden?
4. a) Gelten für den Magistrat die Punkte 2.2 – 2.4 des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 12. 5. 2010 zum Investitionshaushalt zur Landesgartenschau?
b) Bitte erläutern Sie, wieso der Magistrat mit der Beschlussvorlage zum Areal ‚Zu den Mühlen‘ (DS 86/11) sich an die Punkte 2.2 und 2.4 gehalten hat.
5. Welches finanzielle Volumen hat sich der Magistrat als Grenze für die nichtinvestiven Kosten der Landesgartenschau (Durchführungskosten und Interne Kosten) gesetzt, das nicht überschritten werden darf?
6. Wie hoch belaufen sich die bisherigen Kosten für Grundstückankäufe für die Landesgartenschau (z. B. die für die sog. Nordstadtbrücke)? Werden sie den Investitionskosten zugeordnet?“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, ändert den Wortlauf unter Punkt 4 b) des Antrags wie folgt: *„Bitte erläutern Sie, wieso der Magistrat mit der Beschlussvorlage zum Areal ‚Zu den Mühlen‘ (DS 86/11) sich **nicht** an die Punkte 2.2 und 2.4 gehalten hat.“*

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt zu, den Antrag „in Gänze“ zu beantworten.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

**22. Berichts Antrag zu den Kosten für die Schaffung von politischen Stellen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 07.08.2011 -**

STV/0272/2011

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Werden die drei zusätzlichen Stellen auf Dezernatsebene neu geschaffen oder

handelt es sich um bereits vorhandene Stellen im Stellenplan, die bisher unbesetzt waren?

2. Wie hoch sind die Kosten für die Stellen? Bitte um Nennung der Kosten für jede Stelle?
3. Welchen Anlass gibt es, die Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin beizubehalten und welches Aufgabengebiet hat diese?
4. Warum soll eine höhere Eingruppierung der Stabsstellen vorgenommen werden?
5. Welche Kosten müssen dazu im Haushalt veranschlagt werden?
6. Welche Gründe gibt es die politischen Stellen nicht befristet zu besetzen?"

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, erläutert den Berichtsantrag kurz. Bei der Bürgerinitiative „Drei reichen“ sei es nicht nur um die Reduzierung der Stellen für hauptamtliche Dezernenten gegangen, sondern um die Reduzierung der politischen Stellen und deren Kosten insgesamt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

23. Bericht zur Bahnunterführung Dammstraße **STV/0273/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen
vom 08.08.2011 -

Antrag:

„Die geplante Bahnunterführung vor der Dammstraße zur Bootshausstraße soll laut der Beschlussvorlage 1.677.900,- Euro kosten. Sie soll so weit geöffnet werden, dass sie auch für PKW befahrbar ist. Für die Maßnahme gibt es keine Fördermittel.

Der Magistrat möge berichten:

1. Wenn die Bahnunterführung so gestaltet worden wäre, so dass nur Radfahrer und Fußgänger sie nutzen könnten, hätte es dann Aussichten auf Fördermittel gegeben?
2. Hat der Investor der geplanten Senioren-Wohnanlage im Gebiet ‚Zu den Mühlen‘ Wert auf eine Bahnunterführung gelegt, die auch von PKW zu befahren ist?
3. Wird der Investor im Hinblick auf die verkehrliche Erschließung der Wohnanlage sich an den Kosten für die Bahnunterführung beteiligen?
4. Wäre der Komplettausbau der Dammstraße bis zur Steinstraße auch ohne die Bahnunterführung erforderlich gewesen?
5. Die Kosten der Dammstraße von ca. 280.000,- Euro sollen zu 60 % die Anlieger bezahlen. In § 2 der Straßenbeitragsatzung ist die Bürgerbeteiligung vorgeschrieben: ‚Die Bürger sind rechtzeitig über die vorgesehenen Aus- und Umbaumaßnahmen, sich wesentlich unterscheidende Lösungen und die voraussichtlichen Kosten öffentlich zu unterrichten.‘
 - a) Wann und wie wurde die öffentliche Unterrichtung gemäß § 2 der Satzung

durchgeführt?

- b) Welche unterschiedlichen Lösungen der Bahnunterführung wurden den Bürgern vorgestellt?
- c) Welche voraussichtlichen Kosten wurden genannt?"

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, ergänzt den Antrag um folgenden Punkt 1b:

„Wie hoch wären die Investitionen für eine Bahnunterführung nur für Radfahrer und Fußgänger gewesen?“

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig zugestimmt.

24. Namensgebung für den 12/2009 beschlossenen Preis der Stadt Gießen für herausragende Lebensleistungen und außergewöhnliches Mäzenatentum **STV/0274/2011**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.08.2011 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung benennt den im Dezember 2009 beschlossenen Preis für herausragende Lebensleistungen und außergewöhnliches Mäzenatentum nach dem Gießener Bankier und Geheimen Commerzienrat Dr. h.c. Siegmund Heichelheim.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, fragt, wie weit der Magistrat mit der Erarbeitung des Satzungsentwurfs ist.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, einen Satzungsentwurf gebe es noch nicht.

Stv. Preiß, FDP-Fraktion, und **Stv. Wagener**, CDU-Fraktion, äußern darüber ihr Befremden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

25. Verschiedenes

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts und Europaausschusses am 26.09.2011, 19:00 Uhr, stattfinden wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) S c h o l z

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h